

Stephan Raabe	Leiter Außenstelle Polen
---------------	-----------------------------



Vermerk:

PO zeigt Einigkeit im Streit um Posten im EU-Parlament Paketlösung angestrebt

22. Januar 2007

☎: 0048-22-8453894

Die polnische Bürgerplattform PO hat am Samstag nach gut fünfstündigen Gesprächen der Parteiführung mit Vertretern ihrer 14 Europaabgeordneten zu einer gemeinsamen Position bezüglich der Postenbesetzung im EU-Parlament gefunden. Der stellvertretende PO-Vorsitzende und EU-Parlamentarier, **Dr. Jacek Saryusz-Wolski**, präsentierte anschließend das Ergebnis der Öffentlichkeit. Er stellte fest, dass die PO das Zugriffsrecht auf den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses habe, aber bei einer anderen für die PO und Polen günstigeren Paketlösung auf dieses Recht verzichten könne. Als Bedingungen wurde genannt, dass die PO weiter den Vorsitzenden im Haushaltsausschuss (Dr. Lewandowski), den Vizevorsitzenden im Ausschuss für regionale Entwicklung (Dr. Olbrycht) und den Leiter der Belarus-Delegation (Dr. Klich) stellen könne sowie den Vizevorsitz im Verfassungsausschuss (Jacek Protasiewicz) und einen Vizevorsitz (Saryusz-Wolski) in der EVP-ED Fraktion erhalte.

Diese Lösung bedeutet einen halbwegs gesichtswahrenden Rückzug von Saryusz-Wolski, der nach dem Verlust des Vizepräsidentenamtes des Parlaments den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss anstrebte. Zugleich soll die Paketstrategie den in Teilen der veröffentlichten Meinung als „Vaterlandsverrat“ kommentierten Verzicht auf den prestigeträchtigen Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses rechtfertigen. So heißt es in einer scharfen Erklärung der polnischen Außenministerin **Anna Fotyga** vom Wochenende, „die PO schadet der polnischen Staatsräson“. Die Absprachen der Opposition mit Regierungschefs von Drittländern (gemeint ist Bundeskanzlerin **Merkel**) stelle die polnische Verfassungsordnung in Frage. Merkel hatte vergangene Woche nach Berichten der polnischen Presse mit PO-Parteichef Tusk wegen der Ausschussbesetzung telefoniert. Die Äußerung der Außenministerin zeigt beispielhaft, wie wenig die derzeitige polnische Regierung in der EU angekommen ist und wie stark nationale Kategorien ihr Handeln dominieren bis hin zur Infragestellung des freien politischen Mandats mit dem absurden Hinweis auf die polnische Verfassung.

Derweil kritisieren manche Kommentatoren eine zu starke Dominanz Deutschlands im EU-Parlament, welches nunmehr den Parlamentspräsidenten (Prof. Pöttering) stelle und dazu weiter den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss (Elmar Brok) beanspruche. Dementsprechend erklärt der europapolitische Berater des polnischen Präsidenten **Marek Cichocki**, Deutschland müsse wieder lernen, mit anderen ehrgeizigen Ländern wie Polen partnerschaftlich zusammen zu arbeiten und wie zu Zeiten

Helmut Kohls eigene Ambitionen mehr zurückstellen. Hier wäre der Verzicht auf den Auswärtigen Ausschuss ein wichtiges Signal, so Cichocki. Andererseits fragt die liberale Gazety Wyborcza kritisch, wobei der Vorsitz eines polnischen Oppositionspolitikers im Auswärtigen Ausschuss der polnischen Außenpolitik überhaupt helfen könne, wenn die Regierung nicht einmal in der Lage sei, ihre außenpolitischen Ziele zu definieren.

Am Donnerstag soll in Brüssel die Entscheidung über die Ausschussbesetzung fallen. Gelingt es der PO, die Vorwürfe des Regierungslagers abzuwehren und sich als einflussreiche europapolitische Kraft zu präsentieren, kann sie angesichts der außenpolitischen Schwäche der polnischen Regierung sogar Profil gewinnen.